

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (RS/WL) Mehr

Hier die Übersicht. Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert.

1. [16 Prozent der EU-Bevölkerung von Armut bedroht](#)
2. [Schwedens Ministerpräsident will Rente mit 75](#)
3. [Ein Umdenken bei drohendem Staatsbankrott? EU-Kommission gegen Deutschland im "Kampf um Griechenland" in der Eurozone](#)
4. [Die Londoner City feiert Gerhard Schröder](#)
5. [Der Einzelhandel erwartet auch 2012 Umsatzwachstum](#)
6. [Viele Leiharbeiter brauchen zusätzlich ALG II](#)
7. [Revolutionäres Arbeitsmodell: IBM schafft den Miet-Jobber](#)
8. [Pro Jahr wechseln gut drei Prozent der Beschäftigten ihr Berufsfeld](#)
9. [Blüm bei Maischberger: „Riester-Rente macht die Bürger ärmer“](#)
10. [Engelen-Kefer: Paradigmenwechsel „rückwärts“ in der Alterssicherung](#)
11. [Riester-Rente: Weniger Geld fürs Alter](#)
12. [Linke fordert "Solidarische Mindestrente"](#)
13. [Verdeckte Lobbyarbeit als Manipulation zum Nutzen von Politik und Wirtschaft](#)
14. [Astroturfing](#)
15. [Kaufen für die Müllhalde HD](#)
16. [Weiter gegen die Einbahnstraße](#)
17. [Münchner Sicherheitskonferenz: Deutsches Europa und Verhärtung der Fronten](#)
18. [US-Studenten: 90 000 Dollar Schulden](#)
19. [Zu guter Letzt: Geht`s auch ein bisschen Schneller](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **16 Prozent der EU-Bevölkerung von Armut bedroht**

In der EU waren 2010 im Durchschnitt 16,4 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Gegenüber 2009 ist dies ein leichter Rückgang – damals waren es 17 Prozent.

Hinter Lettland, Rumänien, Bulgarien und Spanien rangiert Litauen (20,2). Dann folgt Griechenland (20,1), Italien (18,2), Portugal (17,9), Polen (17,6), Großbritannien (17,1), Estland (15,8), Deutschland (15,6), Malta (15,5), Belgien (14,6), Luxemburg

(14,5), Frankreich (13,5), Dänemark (13,3), Finnland (13,1), Schweden (12,9), Slowenien (12,7), Ungarn (12,3), ÖSTERREICH (12,1), Slowakei (12,0), Niederlande (10,3) und Tschechien (9,0). Keine Daten gab es von Irland und Zypern.

Insgesamt waren 2010 laut Eurostat mehr als 115 Millionen Personen in der EU oder 23,4 Prozent der EU-27 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das bedeutet, dass sie von mindestens einer der folgenden drei Lebensbedingungen betroffen waren: von Armut bedroht, unter erheblicher materieller Entbehrung leiden oder in einem Haushalt mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit leben.

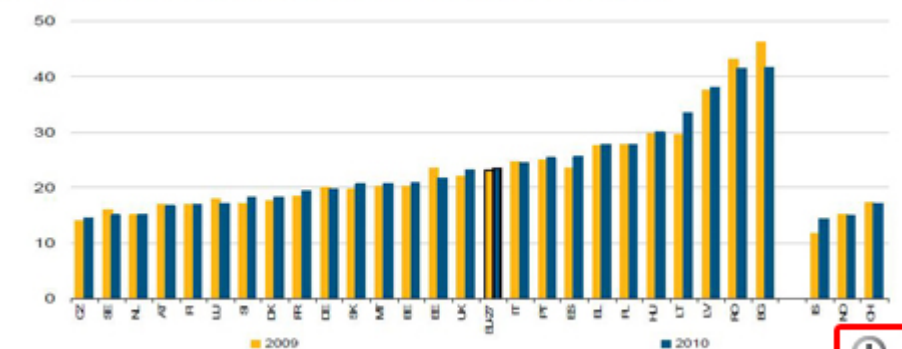
Am meisten armutsgefährdet sind Kinder. 2010 waren 27 Prozent der Jugendlichen unter 18 Jahren von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen.

Quelle 1: [Tiroler Tageszeitung](#)

Quelle 2: [Eurostat \[PDF - 49 KB\]](#)

Siehe dazu:

Figure 1: People at risk of poverty or social exclusion (%), 2009 and 2010



Note: EU-27 Eurostat estimation, data not available for IE and CY in 2010
Source: Eurostat (online data code : [ic_peps01](#))



Quelle: [Eurostat Statistics in focus 9/2012 \[PDF - 121 KB\]](#)

2. Schwedens Ministerpräsident will Rente mit 75

Die Bürger Schwedens sind empört. Geht es nach ihrem Ministerpräsidenten, sollen sie künftig erst im Alter von 75 Jahren in Rente gehen dürfen. Fredrik Reinfeldt hat eine simple Begründung: Wer lange lebt, muss lange arbeiten.

Der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt hat sich für ein Renteneintrittsalter von 75 Jahren ausgesprochen – und damit bei seinen Landsleuten einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Dabei hat er sich Mühe gegeben, seinen

Vorschlag im Vorfeld einer Konferenz über die Arbeitsmarktchancen älterer Bürger zu begründen.

Arbeitgeber würden etwa 55-Jährige eher einstellen, wenn diese noch 20 weitere Jahre arbeiten wollten, sagte Reinfeldt. Wenn älteren Menschen eine Arbeit zu schwer falle, sollten sich diese eine einfachere Tätigkeit suchen, anstatt in Frührente zu gehen, forderte Reinfeldt.

Quelle: [SPIEGEL](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Genauso bekloppt wie unsere Frau von der Leyen und die "Wirtschaftsweisen". Die Schweden haben es unter dem Rechtsreaktionär Reinfeldt auch nicht leicht.*

3. **Ein Umdenken bei drohendem Staatsbankrott? EU-Kommission gegen Deutschland im "Kampf um Griechenland" in der Eurozone**

"Endlich draußen – oder doch besser drinnen?" Eine Analogie zum Londoner Schuldenabkommen für Deutschland 1953.

Eine Kommentierte Presseschau von Volker Bahl vom 6. Februar 2011

Quelle: [LabourNet](#)

4. **Die Londoner City feiert Gerhard Schröder**

Während die SPD einen Wahlkampf gegen die Banken plant, tingelt Gerhard Schröder durch die Londoner City. Der Ex-Kanzler und frühere SPD-Chef erntet in der Finanzgemeinde großen Applaus.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Zu Recht. Dafür wird lustigerweise in dem Artikel darauf hingewiesen, daß Schröder u. a. nicht nur für eine katastrophale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, sondern auch für die Deregulierung der Finanzmärkte verantwortlich war. Die Deregulierung, die für die Finanzkatastrophe 2008 ursächlich ist und die das Handelsblatt deshalb eigentlich auch schrecklich findet, nur in dem Artikel nicht.*

5. **Der Einzelhandel erwartet auch 2012 Umsatzwachstum**

Der deutsche Handel will auch in diesem Jahr weiter wachsen Möglich seien 1,5 Prozent Umsatzwachstum, sagte der Präsident des Hauptverbands des Deutschen Einzelhandels(HDE), Josef Sanktjohanser, am Mittwoch in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie. Im vergangenen Jahr sei der Handel, dessen Gesamtumsatz bei 400 Milliarden Euro liegt, um 2,4 Prozent gewachsen. Der

Online-Handel habe um 13 Prozent zugelegt und jetzt einen Anteil von sieben Prozent am gesamten Handelsumsatz. Im einigen Bereichen des Online-Handels liegt nach Ansicht von Sanktjohanser weitere Dynamik, aber auch der stationäre Handel werde seine Bedeutung behalten. Sanktjohanser sprach sich für eine Liberalisierung des Ladenschlusses aus bei gleichzeitigem Schutz der Sonntage.

Der HDE-Chef verwies darauf, dass es neben dem Umsatzwachstum auch zusätzliche Arbeitsplätze im Handel gebe. Knapp ein Drittel der Beschäftigten seien in Minijobs; der Anteil der Minijobber an den Arbeitsstunden betrage aber nur 15 Prozent. Einen staatlichen Mindestlohn lehnte Sanktjohanser ab. Der Handel bevorzuge tarifliche Modelle.

Quelle: [Deutscher Bundestag](#)

Anmerkung WL: Bei den angegebenen Wachstumszahlen, sollte man besser die offizielle Statistik abwarten. Wie oft wurden nicht die Angaben beschönigend erhöht. Vergleicht man jedoch das Wachstum mit den Steigerungen bei den Ausfuhren, so zeigt sich sehr deutlich, dass die Binnennachfrage dramatisch hinter dem Export zurückliegt.

Die Ausfuhren legten 2011 um 11,4% zu und absolut lag der Warenwert bei über einer Billion Euro (1 060,1 Milliarden Euro). Die Bilanz im Außenhandel wies einen Überschuss von 158,1 Milliarden Euro aus.

Siehe dazu:

Deutsche Ausfuhren im Jahr 2011: + 11,4 % gegenüber 2010

Im Jahr 2011 wurden von Deutschland Waren im Wert von 1 060,1 Milliarden Euro ausgeführt und Waren im Wert von 902,0 Milliarden Euro eingeführt. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) anhand vorläufiger Ergebnisse weiter mitteilt, waren die deutschen Ausfuhren damit im Jahr 2011 um 11,4 % und die Einfuhren um 13,2 % höher als im Jahr 2010. Die deutschen Ausfuhren überstiegen 2011 erstmals eine Billion Euro...

In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) wurden im Jahr 2011 Waren im Wert von 627,3 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 572,6 Milliarden Euro von dort importiert. Gegenüber dem Jahr 2010 stiegen die Ausfuhren in die EU-Länder um 9,9 % und die Einfuhren aus diesen Ländern um 13,8 %. In die Länder der Eurozone wurden im Jahr 2011 Waren im Wert von 420,9 Milliarden Euro (+ 8,6 %) geliefert und Waren im Wert von 401,5 Milliarden Euro (+ 12,9 %) aus diesen Ländern bezogen. In die EU-Länder, die nicht der Eurozone angehören, wurden im Jahr 2011 Waren im Wert von 206,4 Milliarden Euro (+ 12,6 %) ausgeführt und Waren im Wert von 171,1 Milliarden Euro (+ 16,1 %) von dort eingeführt...

Kalender- und saisonbereinigt nahmen die Ausfuhren gegenüber November 2011 um 4,3 % und die Einfuhren um 3,9 % ab. Der Außenhandelsbilanzüberschuss lag im Dezember 2011 kalender- und saisonbereinigt bei 13,9 Milliarden Euro.

Quelle: [Statistisches Bundesamt](#)

Anmerkung WL: Fast 40 Prozent der Exporte (39,7%) gingen in die Eurozone und fast 60 Prozent (59,2%) in die EU. Das belegt, wie wichtig Europa für die deutsche Wirtschaft ist.

Dass die Ausfuhren in die Eurozone im Dezember auf einen Anteil von 37,5, also um über zwei Prozent eingebrochen sind, hat natürlich auch damit zu tun, dass überall in der EWG das Wachstum mehr und mehr einbricht. Das ist auch das Ergebnis der von Deutschland erzwungenen geradezu brüningschen Sparpolitik für die Eurozone.

6. Viele Leiharbeiter brauchen zusätzlich ALG II

Der Boom der Leiharbeit begann in Deutschland mit den Hartz-Reformen der rot-grünen Bundesregierung. Vor acht Jahren traten Lockerungen für die Branche in Kraft. Die Zahl der Leiharbeiter stieg dadurch von einst 250.000 Zeitarbeitern im Jahr 1998 auf 820.000 im Jahr 2011. Für die Unternehmen ist das vor allem preislich günstig: Zeitarbeiter verdienen im Schnitt etwa ein Viertel weniger als die Stammbelegschaft. Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie Sparförderung gehören nicht zum Standardprogramm...

Rund 19.000 Zeitarbeitsfirmen verdienen nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit ihr Geld damit, Arbeiter und Angestellte zu verleihen. Knapp 400 davon kommen aus dem Ausland...

Für den Staat sind Leiharbeiter nicht kostenfrei: 2011 bezog jeder zwölfte von ihnen zusätzlich Arbeitslosengeld II - zusätzlich zum Lohn. Rund 65.000 der gut 820.000 Leiharbeiter in Deutschland hätten Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitslose erhalten, heißt es in einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine kleine Anfrage...

Das sind rund 7000 mehr als im Jahr zuvor. 2010 hatte die Regierung dafür nach eigenen Angaben rund 420 Millionen Euro aufgewendet.

Quelle: [Berliner-Zeitung](#)

7. Revolutionäres Arbeitsmodell: IBM schafft den Miet-Jobber

IBM will allein in Deutschland bis zu 8000 Stellen streichen, doch das ist nicht alles. Denn der Plan ist offenbar Teil einer grundlegenden Neuorganisation von Arbeitsstrukturen. Einem internen Papier zufolge, das dem SPIEGEL vorliegt, will IBM die Beziehungen zu seinen Arbeitskräften radikal verändern.

So soll der Konzern künftig nur noch von einer kleinen Kernbelegschaft geführt

werden. Spezialisten und Fachkräfte hingegen will IBM Chart zeigen auf einer eigens gegründeten Internetplattform anwerben. Dort sollen sich freie Mitarbeiter aus der ganzen Welt präsentieren und nach bestimmten, von IBM entworfenen Qualitätsmerkmalen zertifiziert werden...

Die in einer "Cloud" (Wolke) organisierten Arbeitskräfte, heißt es in dem IBM-Papier, würden internationale Arbeitsverträge erhalten, um restriktive Vorschriften in den jeweiligen Heimatländern zu umgehen.

Außerdem sollen sie auch nur für die Dauer der jeweiligen Projekte beschäftigt werden. Ein solches System, in dem weltweit Arbeitskräfte um befristete Jobs auf Internetplattformen konkurrieren, würde Konzernen wie IBM gewaltige Einsparungen bringen und die Effizienz erheblich steigern.

Quelle: [Spiegel Online](#)

Anmerkung J.K.: *Das ist in der Tat eine neue Dimension der Arbeitsorganisation. Das ist modernes Tagelöhnertum auf Basis von Cloud-Computing und facebook. Die kapitalistischen Unternehmen wollen sich endgültig jeglicher Verantwortung für die eingekaufte und verwertete Arbeitskraft entledigen. Eine interessante Frage wäre auch die Auswirkung auf das gesamte System sozialer Sicherung, wenn eine kontinuierliche Erwerbsbiographie nicht mehr möglich ist?*

Man sollte also vor dem Hintergrund des Wütens der Finanzindustrie nicht die Veränderungen in der sogenannten wertschaffenden Industrie vergessen. Auch hier geht es "nur" um Profitmaximierung auf Kosten der Menschen.

8. Pro Jahr wechseln gut drei Prozent der Beschäftigten ihr Berufsfeld

Das geht aus einer am Mittwoch veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Dabei kommen freiwillige Wechsel mit 54 Prozent etwas häufiger vor als unfreiwillige Wechsel.

Zu den freiwilligen Wechslern zählen Personen, die selbst gekündigt haben, auf eigenen Wunsch versetzt worden sind oder befördert wurden und damit beispielsweise Managementfunktionen übernommen haben. Unfreiwillig sind Wechsel nach einer Kündigung durch den Arbeitgeber oder dem Auslaufen eines befristeten Vertrags und die Versetzung auf eine andere Position, die nicht vom Arbeitnehmer ausging.

Eine Analyse der Lohnentwicklung von Berufswechslern und Nichtwechslern im Zeitraum von 1994 bis 2008 ergibt: In der Regel gehen einem Berufswechsel in Deutschland Einbußen im Lohnwachstum voraus – gleichgültig, ob es sich um einen freiwilligen oder unfreiwilligen Wechsel handelt. Nach dem Wechsel steigen die Löhne zwar wieder, die Entwicklung bleibt aber hinter der bei den Nichtwechslern zurück. Die Autorinnen der Studie haben die Zahlen für Deutschland mit denen für

Großbritannien verglichen. Dabei zeigt sich: Für Großbritannien verzeichnet die Statistik dreimal mehr Berufswechsel als für Deutschland. Ein entscheidender Faktor in diesem Zusammenhang ist, dass das deutsche System der Berufsausbildung in Großbritannien keine Entsprechung hat.

Quelle: [IAB \[PDF - 373 KB\]](#)

9. **Blüm bei Maischberger: „Riester-Rente macht die Bürger ärmer“**

„Riesters Rentenreform macht die Rentner ärmer, die Rente unsicherer und ungerechter und die Gesamtversorgung teurer“, erklärte der CDU-Politiker. Gerade die Menschen, die bei der Rente dringend Unterstützung benötigten, hätten in vielen Fällen von dem Riester-Modell nichts, müssten es aber über Steuern sogar noch mitfinanzieren. „Riester hat die gute alte Rentenversicherung ruiniert, hat der Versicherungswirtschaft Milliarden in den Rachen geworfen und die Rente dem internationalen Finanzkapitalismus überantwortet“, fügte Blüm hinzu...

Seinen Berechnungen nach hätten die Versicherer bislang 40 Milliarden an der Riester-Rente verdient. Als diese 2001 eingeführt worden sei, habe man die gesetzliche Rentenversicherung madig gemacht. „Da ist Gehirnwäsche betrieben worden und es gab eine Hetzkampagne der Bild-Zeitung“, meinte der Christdemokrat.

Quelle: [FOCUS Online](#)

10. **Engelen-Kefer: Paradigmenwechsel „rückwärts“ in der Alterssicherung**

Es klingt wie ein Wintermärchen: Die Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung in der Bundesrepublik sind auf die ungeahnte Höhe von 24 Mrd. Euro gestiegen. Eigentlich wäre dies eine gute Vorlage für die Politik, die versprochene Bekämpfung der Altersarmut endlich beherzt anzugehen. Doch weit gefehlt: Die Bundesregierung verzettelt sich in einem breit gefächerten Regierungsdiallog ohne „politischen Biss“. Die SPD beschwört zwar in markigen Reden ihre Entschlossenheit, die Altersarmut zu bekämpfen. Allerdings erschöpft sich dies in einer erneuten Rentenkommission auf Spitzenebene. [...] Eine wirksame und nachhaltige Reform der gesetzlichen Rentenversicherung erfordert einen Paradigmenwechsel „rückwärts“. Nicht weniger, sondern mehr Solidarität ist das Gebot einer lebenswerten Zukunft auch im Alter in Deutschland und Europa...

Quelle: [Wirtschaft und Gesellschaft](#)

11. **Riester-Rente: Weniger Geld fürs Alter**

Knapp drei Millionen Deutsche haben einen Riester-Fondssparplan. In diesen Tagen bekommen sie ihre Jahresabrechnung. Und viele von ihnen sind verunsichert: Die Anbieter schichten massiv Anteile in den Fonds um – oft zum Nachteil der Kunden. Anleger sollten sich überlegen, wie wichtig ihnen die Kapitalgarantie tatsächlich ist. „Für die Anleger sind die Umschichtungen langfristig ein klarer Renditenachteil“, meint auch Georg Plötz, Altersvorsorgeexperte bei der Verbraucherzentrale Bayern.

Die Tauschgeschäfte hätten aber einen nachvollziehbaren Grund: "Die Fondsanbieter müssen die Kapitalgarantie erfüllen, die bei allen Riester-Produkten gefordert wird." Diese Garantie sieht vor, dass Sparern zu Beginn der Rentenphase mindestens das eingezahlte Kapital plus Zulagen zur Verfügung steht. Um das zu schaffen, bauen die Anbieter die Riester-Depots immer wieder so um, dass der Mindestbetrag auch sichergestellt wird. Das bedeutet: Geht es an den Aktienmärkten bergab, wird automatisch in Rentenfonds umgeschichtet – so, dass mit Hilfe der sicheren Zinserträge bis zum Ende der Laufzeit die Garantiesumme erreicht wird.

Quelle: [SZ](#)

12. **Linke fordert "Solidarische Mindestrente"**

Die Fraktion Die Linke macht sich in einem Antrag (17/8481) für eine „Solidarische Mindestrente“ stark. Sie begründet dies damit, dass die Rentenpolitik der schwarz-gelben Koalition das Ziel verfehlt habe, Altersarmut zu verhindern. Vielmehr sei das Ziel der Lebensstandardsicherung aufgegeben und festgelegt worden, die politisch aufgerissene Versorgungslücke durch private Zusatzvorsorge zu schließen. Als „beschönigend“ kritisieren die Abgeordneten die Bezeichnung „Drei-Säulen-Modell“ für diese Lastenverschiebung.

Sie fordern deshalb einen Gesetzentwurf für eine „moderne Rentenpolitik“. Ausgehend von der Forderung nach guter Arbeit im Sinne von geregelten und Existenz sichernden Beschäftigungsverhältnissen müsse dieser das Sicherungsniveau der Rente nachhaltig verbessern, heißt es in dem Antrag. Zum Ausgleich bereits durchgeführter Rentenkürzungen sollen die Rentenwerte sofort um mindestens 4 Prozent angehoben werden. Die Beitragsobergrenzen sollen unverzüglich abgeschafft und die sogenannten Dämpfungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel sowie der Nachholfaktor gestrichen werden. Weitere Bestandteile des Gesetzentwurfes müssten nach den Vorstellungen der Fraktion unter anderem ein Verzicht auf die Rente mit 67 und ein besserer Schutz bei Erwerbsminderung sein.

Quelle: [Deutscher Bundestag](#)

13. **Verdeckte Lobbyarbeit als Manipulation zum Nutzen von Politik und Wirtschaft**

Quelle: [NDR-ZAPP über YouTube](#)

passend dazu:

14. **Astroturfing**

Hinweise zum systematischen Vorgehen bei kommerzieller PR, getarnt als Volkes Stimme in Internetforen, sind interessant: "Grassroots", die sich eher als billiger Kunstrasen entpuppen...

Quelle: [The Guardian](#)

Anmerkung RS: Zur Verständigung des Begriffs „Astroturfing“: Mitte der 1960er Jahren wurde in Houston/Texas ein überdachtes Stadion für die Baseball-Manschaft (in Anspielung auf die in Houston ansässigen NASA-Kontrollzentrum genannte) „Houston Astros“ gebaut, das als „Astrodome“ bekannt wurde. Da das Stadion überdacht war, konnte man kein echtes Rasen anpflanzen, weshalb einen künstlichen Rasen von Monsanto installiert wurde, der nach dem Astrodome „Astroturf“ genannt wurde („turf“ = „Rasen“). Daher bietet sich der Begriff „Astroturf“ als Bezeichnung für „Graswürrzel-Bewegungen“ an, die tatsächlich nur künstlich sind.

15. **Kaufen für die Müllhalde HD**

Glühbirnen, Nylonstrümpfe, Drucker, Mobiltelefone — bei den meisten dieser Produkte ist das Abnutzungsdatum bereits geplant. Die Verbraucher sollen veranlasst werden, lieber einen neuen Artikel zu kaufen, als den defekten reparieren zu lassen. Die bewusste Verkürzung der Lebensdauer eines Industrieerzeugnisses, um die Wirtschaft in Schwung zu halten, nennt man „geplante Obsoleszenz“.

Quelle: [Arte via YouTube](#)

16. **Weiter gegen die Einbahnstraße**

Die SPD hat sich entschieden: sie fährt weiter gegen die Einbahnstraße – und das mit erhöhtem Tempo. Sie will die Bankenmacht und den Kampf gegen die Banken zum zentralen Thema des Bundestagswahlkampfes machen. Dafür hat sie jetzt schon die Internet-Seite „Wir sind viele“ mit der Forderung „Demokratie statt Bankenmacht“ freigeschaltet. Nichts dagegen, aber was hat das mit dem Wahlkampf zu tun?

Weil die SPD die Kanzlerin nicht zu packen bekommt, weil sie an Angela Merkels Teflonschicht verzweifelt, sucht sie jetzt ihren Hauptgegner außerhalb des parteipolitischen Spielfeldes. „Unsere Gegner sind die Finanzmärkte“, hatte SPD-Chef Sigmar Gabriel schon nach der SPD-Klausur gesagt. Zur Verblüffung vieler Genossen hatte er auch angekündigt, die SPD wolle die Kanzlerin nicht angreifen. So demobilisiert man die eigenen Wähler.

Die SPD versucht auf einem Spielfeld zu siegen, auf dem es nichts zu gewinnen gibt. Denn nicht die Banken stehen 2013 zur Wahl, sondern Angela Merkel und ihre CDU.

Quelle: [sprengsatz](#)

Anmerkung WL: Was der frühere Bild am Sonntag-Chefredakteur übersieht: Nach ihrer Absage an eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei, hält sich die SPD eine erneute Große Koalition mit Merkel nicht nur offen, sondern strebt sie an. Man kann den Koch (Merkel) nicht attackieren, wenn man bei ihm als Kellner eingestellt werden

will.

17. **Münchner Sicherheitskonferenz: Deutsches Europa und Verhärtung der Fronten**

Spätestens seit dem Ausbruch der Eurokrise beansprucht Deutschland ganz offen die Vormachtstellung in der Europäischen Union – und reißt damit im Handstreich einen der Eckpfeiler ein, der das Staatenbündnis bis dato zusammenhielt...

PR-Maßnahmen sind also dringend notwendig, um Resteuropa den deutschen Führungsanspruch schmackhaft zu machen – und die diesjährige Münchner Sicherheitskonferenz schien aus Sicht ihres Leiters, des Tübinger Honorarprofessors Wolfgang Ischinger, der ideale Ort dafür zu sein. Unmittelbar im Vorfeld der Konferenz forderte er in einem Interview die anderen EU-Staaten mit geradezu abenteuerlicher Dreistigkeit auf, sich mit dem neuen deutschen Führungsanspruch abzufinden. Viel wichtiger sei es, die hiermit einhergehenden wesentlichen Fragen zu diskutieren: „Was bedeutet es für Europa, dass jetzt im Grunde EIN Land den Ton angibt und dass, von außen betrachtet, Frau Merkel und nicht Herr Barroso sozusagen der Entscheider über die Zukunft der Eurozone geworden ist? Ich habe dazu eine Diskussion angesetzt und freue mich, dass die eingeladenen Teilnehmer alle zugesagt haben.“

Quelle: [IMI Informationsstelle Militarisierung e.v.](#)

Anmerkung WL: Interessant auch zu lesen, dass die Regierung diese „private“ Veranstaltung mit fast einer Million Euro gesponsert hat.

18. **US-Studenten: 90 000 Dollar Schulden**

In den USA haben die Studierenden über eine Billion Dollar Schulden. Die Banken verdienen mit diesen Krediten gutes Geld, aber die Regierung verlumpte fast wegen nicht bezahlter Zinsen, und viele Studenten stehen nach dem Abschluss vor einem immensen Schuldenberg.

Quelle: [NZZ](#)

Anmerkung RS: Die Behauptung, „Die amerikanischen Studierenden tragen die immensen Studienkosten von bis zu 60 000 Dollar pro Semester...“, ist um einiges übertrieben, denn sogar [Harvard verlangt „nur“ \\$52.650 im Jahr](#). Auch, wenn man Lebenskosten dazurechnet, kommt man nicht auf diese Summe. Die Kosten für ein Studium an der Elite-Universität Harvard sind aber bekanntlich nicht repräsentativ. Die Kosten an einer „normalen“ staatlichen Universitäten sind um eine

Größenordnung niedriger.

Dennoch stimmt die Aussage, dass amerikanische Studenten nach dem Studien enorme Schulden zu bedienen haben – da sind die genannten \$90.000 durchaus realistisch.

19. **Zu guter Letzt: Geht`s auch ein bisschen Schneller**



Quelle: [Stuttman](#)